

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordensfeld, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 74.

Dienstag den 29. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Der englische Geschäftsträger in Berlin erklärte dem Auswärtigen Amt, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz am 5. Juli stattfinden werde.
- Die Bildung des Reichskabinetts ist jetzt endgültig vollzogen. Die Minister sind bereits ernannt.
- Die Entente fordert die Auflösung der Sicherheitspolizei innerhalb dreier Monate.
- Nach Eingang der Entwarnungsnote hat der Reichswehrminister Geßler dem Reichskanzler seine Demission unterbreitet.
- Der Reichstag hat den Abg. Doche zum Präsidenten gewählt.
- In Bremen ist wegen der schweren Lebensmittelkrisis höchste Warmbereitschaft angeordnet worden, da eine Wiederholung der Ausschreitungen befürchtet wird.
- Die griechische Armee hat von Smyrna aus die Offensive gegen die türkischen Nationalisten eingeleitet.
- Ueber Konstantinopel ist der verschärfte Kriegszustand verhängt worden.
- Aus polnischer Quelle verlautet, daß der Abmündungstermin in Oberschlesien im Oktober stattfinden soll.
- Reichspräsident Ebert äußerte in einem Schreiben an den Reichskanzler den dringenden Wunsch nach baldiger Neuwahl des Reichspräsidenten.
- Nach den neuesten Meldungen sind auch in Magdeburg und Bremerhaven Lebensmittelunruhen ausgebrochen.
- Im pommerischen Landarbeiterstreik ist es an einigen Stellen zu einer Einigung gekommen.
- Alle Parteien des Reichstages haben Anträge auf Milderung des Steuerabzuges eingebracht.
- Aus Oberschlesien werden neue polnische Weisheiten gemeldet, auch werden immer wieder neue Verbrechen farbiger Soldaten aus dem Rheinland bekannt.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 26. Juni.

In der Provinz waren in den letzten Tagen die tollsten Schauerwahlen über die gegenwärtigen Zustände in der Reichshauptstadt verbreitet. Man berichtete von blutigen Steuerungsunruhen, groben Ausschreitungen, grauenvollen Plünderungen — und in Wirklichkeit ist alles in schönster Ruhe. Wir erleben hier einmal das seltsame Schauspiel, daß im ganzen Lande die Wogen der Erregung über die Steuerung hoch gehen, ja daß sich Stellenweise aus der kleinen Ursache der Steuerungskündgebung wilde Gewalttätigkeiten und Plünderungen entwickeln.

Warum bleibt aber der Berliner so still und geht seinen Landeuten in der Provinz nicht mit dem „guten Beispiel“ voran? Das liegt einfach daran, daß der Großstädter, und insbesondere die Berliner Bevölkerung, die Lebensmittelpreise, über die man sich leicht in der Provinz so sehr erregt, schon längst gewohnt ist. Schon in Friedenszeiten hat der Berliner ja immer höhere Preise zahlen müssen, als die Provinzbevölkerung. Allerdings, wenn gewisse „geschäftstüchtige“ Verkäufer, Obsthändler usw. allzu unverschämte in ihren Forderungen sind, dann kann auch der Berliner die Geduld verlieren und seinem Unmut über die Preistreiber Luft machen.

Gegenwärtig bedrücken hunderte von sogenannten liegenden Obst- und Gemüsehändlern die Straßen Großberlins. Überall hohe Berge von Äpfeln, Äpfeln mit Stachelbeeren, Johannisbeeren auf den kleinen Wagen mit den bekannten Aufschriften: „frische Werderische Knupper“ usw. Zunächst war das Obst auch hier sehr teuer, aber bald unterboten sich die Händler gegenseitig, jeder suchte seine Ware loszuwerden und je näher der Abend rückt, desto billiger wird das Obst. Und das Publikum drängt sich an den Wagen. Hochbeglückt eilt jeder mit seiner Papierbülle weiter, froh, „billiges“ Obst gefunden zu haben.

Mit dem Gemüseverkauf sieht es ähnlich. Die Hausfrauen sind die besten Kunden der fliegenden Händler. Diese fordern bedeutend niedrigere Preise als der „Ordnungsfriseur“, der durch einen gehörigen Aufschlag auf den Preis die Ladenmiete herauswirtschaften muß.

Ein weiterer Grund, warum die Berliner Bevölkerung noch nicht wie gewisse Teile der Bevölkerung in den Provinzstädten dazu übergegangen ist, Kaufleute und Gewerbetreibende unter Androhung von Gewalt zu zwingen, ihre Waren zu willkürlich von den Käufern festgesetzten Preisen unter erheblichen Verlusten zu verkaufen, ist darin zu suchen, daß die Berliner Kaufleute aus den Unruhen in der Provinz gelernt haben. Sie denken ganz recht, besser belästigen einzeln, als solche Folgen, wie in Bremen, Aachen usw. herauszubekommen. Die Wirkungen der Unruhen auf die Berliner Obstpreise sind unverkennbar.

Wenn auch die anderen Lebensmittel von dieser Preisherabsetzung ergriffen würden, wäre der Berliner ganz zufrieden. Besonders der teure Brotpreis

macht ihm viel Sorgen. Vor einigen Tagen erschien an den Berliner Anschlagtafeln ein anonymes Plakat, in dem „pommerische Landwirte“ den Nachweis zu erbringen suchten, daß der Zwangswirtschaft die Schuld an der Teuerung beizumessen sei. Einige Tage später wandte sich der Berliner Magistrat ebenfalls auf einem Plakat, das sofort die Aufmerksamkeit der Bevölkerung erregte, scharf gegen die vorerwähnten „pommerischen Landwirte“. Rasch bildeten sich die üblichen Gruppen um die Anschlagtafeln, in der Mitte tauchte die aus den Revolutions- und Kappzügen bekannte Straßenszene auf, der Straßenredner, wieder auf und ließ eine fulminante Rede vom Stapel; willig hörten die Leute zu und gaben ihre Zustimmung durch Kopfnicken oder durch mehr oder weniger wilde Zwischenrufe zu erkennen. Aufmerksam lauschte alles dem „Referenten“, als er schließlich mit einigen Gedankenstrichen auch auf den Lohnabzug zu sprechen kam. So, da war er erst im richtigen Fahrwasser und fand erst recht ein williges Ohr bei seinen Zuhörern, denn Steuern zahlen in der Höhe, nein, das kann keiner bezahlen — es kommt eben den wenigsten Menschen zum Bewußtsein, daß wir den Krieg verloren haben und infolgedessen schwere finanzielle Lasten zu tragen haben. Man kann streiten darüber, ob der Staat besser daran tut, wenn er die Steuer ratenweise einkürzt — oder dem Steuerpflichtigen auf einmal die mehrstellige Summe abverlangt. Zahlungen müssen schließlich erträglich sein, aber gleich zehn Prozent vom Lohn und Gehalt — nein, das will keiner ran. Nun, der Reichstag wird ja in den nächsten Tagen die Entscheidung über den Zahlungsmodus zu fällen haben, wahrscheinlich wird der Steuerabzug noch einige Zeit aufgeschoben, aber kommen wird er sicher.

Widerungen des Steuerabzuges.

Vielleicht vorläufige Eistierung?

Im Reichstag ist ein interfraktioneller Antrag eingebracht worden, der darauf hinwirkt, daß beim zehnprozentigen Steuerabzug die drückenden Härten dieses Verfahrens nach Möglichkeit abgemildert werden sollen, und zwar vor allem mit Rücksicht auf den Familienstand. Ein Ausschuss von 28 Mitgliedern soll die Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einer Prüfung unterziehen, insbesondere untersuchen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, durch die Härten bei der Durchführung beseitigt werden können.

Der Antrag soll möglichst bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen hört, ist der Reichsfinanzminister Wirth grundsätzlich bereit, auf die Milderung des Steuerabzuges einzugehen und entsprechende Verfügungen zu treffen.

Ein Antrag der deutschen nationalen Reichstagsfraktion verlangt nicht nur erneute Prüfung der Ausführungsbestimmungen, sondern beantragte auch bis zum Abschluß dieser Prüfung die Einziehung dieser Steuer vorläufig auszusetzen. In der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses wurde erörtert, daß das Verfahren für die Einziehung des Lohnabzuges mangelhaft vorbereitet sei: von mehreren Seiten wurde dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, schon aus diesem Grunde die Durchführung des Verfahrens zu verschieben. Von Seiten der Regierung wurde dem widersprochen und erklärt, es sei unmöglich, diesem Wunsch stattzugeben. Ob sich im Reichstag eine Mehrheit für den deutschen nationalen Antrag — soweit er den Ausschub des Lohnabzuges fordert — findet, kann noch nicht mit Bestimmtheit behauptet werden. Ausichten darauf sind unbedingt vorhanden. Auf jeden Fall wird das Verfahren des Lohnabzuges bedeutende Milderungen erfahren.

Im übrigen wäre es zu begrüßen, wenn der Reichstag eine vorläufige Eistierung des Steuerabzuges beschließen würde. Denn die Vorbereitungen für die Einziehung der neuen Steuer sind vollständig unzulänglich und mangelhaft. Selbst die Beamten sind mit dem Verfahren noch nicht vertraut, geschweige denn das Publikum. Erst als die Stimmen aus dem Publikum immer lauter wurden, hat sich die Finanzbehörde endlich dazu herbeigelassen, die größten Unklarheiten aufzuheben. Die Behörden hätten angesichts dieser ungeheuren Schwierigkeiten am besten daran getan, wenn sie den Steuerabzug auf einen späteren Termin verschoben hätten. Bis dahin hätten sich der Steuerzahler, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, auf den der Staat diesmal bequemerweise die ganzen Verwaltungsmassnahmen abwälzt hat, mit den Ausführungsbestimmungen vertraut machen und die nötigen Vorbereitungen treffen können. Jetzt haben wir infolge der überstürzten Einführung der Steuer die schärfste Unordnung und Unzufriedenheit, die sich allenthalben in erregten Demonstrationen der Arbeitnehmer kund-

gibt. Die vorige Ausrichtung von antiker Stelle aus hätte vieles verhüten können. Jetzt, wo die Frage des Steuerabzuges mit dem 25. Juni brennend geworden ist, muß sich die Steuerbehörde zur Nachprüfung ihrer Bestimmungen bequemen. Um die Verwirrung nicht zu steigern, wäre ein Ausschub des Lohnabzuges bis zum Abschluß der Neubildung der ganzen Angelegenheit dringend geboten.

Der türkische Freiheitskampf.

Landung am europäischen Dardanellenufer.

Die Londoner „Evening News“ veröffentlicht eine Meldung aus Konstantinopel vom 21. Juni, wonach eine Abteilung Truppen Mustafa Kemal Paschas in Bafra-Ischekmedje westlich von Konstantinopel auf dem europäischen Ufer des Marmarameeres gelandet ist. Eine weitere Truppenmacht wurde von den französischen Truppen bei Izmid gesichtet. Britische Schlachtschiffe nahmen die nationalen Truppen auf eine Entfernung von acht Meilen unter Feuer und fügten ihnen schwere Verluste bei. Die Beschießung wird fortgesetzt.

Befreiung der Dardanellengänge.

Der „Times“ zufolge wurden am 21. ds. Mts. sämtliche 80 Geschütze der Dardanellenforts auf der asiatischen Seite von den Engländern gesprengt. Tags darauf wurden die Riesengeschütze des Hamidiehforts, die bei der Verteidigung der Dardanellen im Jahre 1915 eine wichtige Rolle spielten, zerstört.

In der Bergwerksgegend von Creali wurde die Arbeit in den Bergwerken wieder aufgenommen, nachdem auf Grund einer Verständigung mit den Anhängern Mustafa Kemal Paschas die französischen Streitkräfte sich zurückgezogen hatten, während die Nationalisten sich verpflichteten, die Arbeit in den Bergwerken nicht zu stören.

In Beantwortung einer Anfrage im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, daß in den Angriffen der türkischen Nationalisten gegen die alliierten Streitkräfte bei Konstantinopel eine Pause eingetreten sei.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat die griechische Armee, die die Offensive an der Front von Smyrna ergriffen habe, das Direktionsgebäude des Hafens von Smyrna und das Gebäude der osmanischen Post besetzt.

Die Engländer heben Reserven aus.

„Daily Mail“ meldet: Infolge der ersten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegten, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve um 15 000 bis 20 000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Die Rote Armee.

Militärische Übungen der Linksradikalen.

In den letzten Tagen brachte die Presse verschiedene Meldungen über die Bildung einer „Roten Armee“. Das Reichswehrministerium, das nach wie vor den kommunistischen Bestrebungen in verschiedenen Teilen des Reiches mit größtem Ernst entgegensteht, hat diese Angaben sofort nachgeprüft und festgestellt, daß es sich vielfach um militärische Übungen unter teilweiser Anwendung von Waffen handelt, die von Verbänden der kommunistischen Arbeiterpartei veranstaltet werden.

So wurden auf dem Tempelhofer Feld in Berlin Abteilungen von 200 bis 250 Mann bei militärischen Übungen festgestellt, und zwar waren die lebenden zwanzig- bis dreißigjährige Kommunisten. Es wurde Gruppen- und Jüngerzieren, sowie Handgranatenwerfen veranstaltet, wobei Knäpfe und Steine die Handgranaten ersetzten. Grinster liegen die Dinge in Sachsen. In Leipzig sollen, wie von den zuständigen Stellen berichtet wird, Kampforganisationen der Linksradikalen unter dem Deckmantel der Einwohnerwehren bestehen. 24 Kompagnien zu 100 bis 200 Mann und die Organisation eines Nachrichtenwesens sei festgestellt. In Dresden, Chemnitz und anderen Stellen Sagens sollen gleichfalls derartige Übungen abgehalten werden, und zwar, wie man annimmt, im Anschluß an einen geplanten kommunistischen Aufstand gegen die Regierung.

Die Reichsregierung betont ihren grundsätzlichen Standpunkt dahin: Der Friedensvertrag verbietet uns, daß offenmäßig verzeichnete Mannschaften irgendwelche militärischen Übungen abhalten. Es ist daher Pflicht der Regierung, solche Übungen zu unterbinden. In diesem Sinne wird sie auch verfahren.

Neue Generalkreisverordnungen.

Der „Bayerische Kurier“, das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, veröffentlicht einen Geheimbericht über eine Spezialkommission der U. S. P., die sich mit der Organisation eines neuen deutschen Generalkreises befaßt. Darnach wären die ersten Schritte, die gleichzeitig erfolgen sollten, die Stilllegung aller, auch der lebenswichtigen Betriebe und die Entwaffnung der Einwohnerwehr. Diese sei leicht zu überwinden; schwerer sei es, mit der Reichswehr fertig zu werden. Es sei ein Glück, daß sie jetzt auf bloß 100 000 Mann herabgesetzt werden müsse. Für diesen unvermeidlichen Entscheidungsschritt seien alle Vorbereitungen zu treffen. Das ganze Reich sei bereits in Kreise eingeteilt, in denen nach gemeinsamem Plan der drei sozialistischen Parteien gearbeitet werde, sie marschierten nur nach außen getrennt, ständen aber in Wahrheit in engerer Fühlung. Der Bericht läßt nicht genau erkennen, ob es sich um Pläne und Vorschläge oder um Bericht über tatsächlich vorhandene Organisationen handelt. Immerhin werden die zuständigen Stellen auch diesen Vorgängen die gebührende Achtung schenken müssen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Juni 1920.

— Ein Entwurf über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden für Reichsdeutsche wird in den nächsten Tagen dem Reichstages vorgelegt.

— Die polnische Tendenzmeldung, wonach die Volksabstimmung in Oberschlesien am 1. Oktober d. J. stattfinden solle, wird von der amtlichen Stelle in Berlin nicht bestätigt. Auch von einer Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien durch die Polen zu dem gleichen Termin könne keine Rede sein.

— In diplomatischen Kreisen verlautet, der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, werde binnen kurzem den Rang eines Botschafters erhalten.

— Der Vetter der deutschen Propaganda im ostpreussischen Abstammungsgebiet, der auf der Durchfahrt durch den polnischen Korridor verhaftet wurde, ist trotz des Einspruchs der interalliierten Kommission bisher noch nicht freigelassen worden.

— Der Vorsitzende des Mainzer Gewerkschaftsrates, Wilhelm Thomas, wurde als Vertreter des besetzten Gebietes in den Reichswirtschaftsrat berufen.

— Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie in der preussischen Landesversammlung reichte einen Antrag ein, die Landesversammlung sofort für aufgelöst zu erklären und die Staatsregierung zu veranlassen, Neuwahlen anzuordnen.

— Das Verbot der „Frankf. Bg.“ für die Pfalz ist wieder aufgehoben worden.

— Der Reichspräsident wünscht baldige Präsidentenwahl. Der Reichspräsident hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet: „Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.“ — Reichspräsident Ebert hatte schon, als das Ergebnis der Reichstagswahl bekannt wurde, angesichts der veränderten Situation die Absicht gehabt, zurückzutreten. Doch wollte er den bestehenden Widerstand nicht noch vergrößern, darum ließ er sich bewegen, seinen Wunsch nicht auszuführen, sondern bis zur Neuwahl des Präsidenten auszuharren. Daß er den lebhaften Wunsch nach baldiger Klarheit hat, ist verständlich.

— Der neue Präsident des Reichstages, Paul Bode, wurde am 14. Dezember 1875 zu Biegnitz geboren, wo er auch die Volksschule besuchte und von 1890 bis 1893 seine Lehrzeit als Schriftfeger durchmachte. Als solcher war er dann bis 1898 tätig und kam in dieser Zeit auch nach Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und der Schweiz. Im Jahre 1899 trat er als Schriftleiter in die sozialdemokratische „Breslauer Volkszeitung“ ein, wo er seither tätig war. Seit 1905 war er auch Stadtverordneter in Breslau und seit 1915 Provinziallandtagsabgeordneter von Schlesien. Im alten Reichstag hat er nicht gesessen, dagegen wurde er für den Wahlkreis Breslau in die

Nationalversammlung gewählt. Eine Verurteilung in den Rat der Volksbeauftragten lehnte er im Januar 1919 nach dem Ausschluß der Unabhängigen ab. Seit 1919 war er Vizepräsident der Nationalversammlung.

— Die Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten der Berliner Parlamente sind jetzt so geregelt worden, daß neben einer Pauschalsumme von monatlich 1000 Mark für jeden Tag der Anwesenheit in Berlin noch 30 Mark Teuerungszulage gezahlt wird. Mitglieder von Ausschüssen, die während größerer Plenarpausen tagen, erhalten außerdem noch eine besondere Zulage von 20 Mark pro Tag.

— Keine Revision in Spa. Die von Boulogne zurückgekehrten belgischen Minister des Auswärtigen und des Innern erklärten sich von den in Boulogne gefaßten Beschlüssen befriedigt. Sie fügten hinzu, daß entgegen der Ansicht gewisser Persönlichkeiten in Deutschland von einer Revision des Friedensvertrages auf der Konferenz von Spa nicht die Rede sein könne.

— Das Gesetz über die Schuldeputationen in Preußen wurde dieser Tage im Unterrichtsausschuß der Preussischen Landesversammlung zu Ende beraten und nunmehr in voller Einmütigkeit aller Parteien angenommen. Die Geistlichen haben nach dem inzwischen eingegangenen Rechtsgutachten des Justizministeriums weiterhin Anteil an den Schuldeputationen. Das Reichsgutachten verlangt, daß die Sperreparagraphen der Reichsverfassung auch auf die preussische Gesetz über die Schuldeputationen Anwendung finden sollen. Die wesentlichste Forderung, die das Gesetz durch die Ausschüsseberatungen erfahren hat, ist die, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die Lehrer und Laien größeren Einfluß erhalten sollen.

— Die Wahl Alara Jettin angefochten? Wie der „Wend“ erzählt, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Wahl der Kommunistin Alara Jettin angefochten wird. Sie heißt in Wirklichkeit Bunde. Jettin ist nur ihr Schriftstellernamen. Jettin hat sie früher einmal mit Jettin in wilder Ehe gelebt. Darauf konnte sie natürlich nicht für sich das Recht ableiten, diesen Namen als den ihren in die Wahlliste einzutragen zu lassen. Nach den Wahlvorschriften war sie dazu nicht berechtigt. Es dürfte sich also in nächster Zeit der Wahlspruchsausschuß mit dem Falle Jettin zu beschäftigen haben, und man muß damit rechnen, daß Alara Jettins Wahl als ungültig bezeichnet wird.

— Gegen die schwarzen Besetzungstruppen wendet sich eine Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts (Heidelberger Vereinigung), in der es u. a. heißt: „Alle Vorstellungen der deutschen Behörden haben bis jetzt keine durchgreifenden Besserungen erzielt. Es bleibt nur der eine Schluß übrig, daß die französischen Offiziere entweder nicht die Macht oder nicht den Willen haben, die unerhörten Zustände zu beseitigen. Die Versuche der französischen Regierung, die einwandfrei bezeugten Tatsachen abzuleugnen, können wir uns nur dadurch erklären, daß sie von ihren nachgeordneten Stellen nicht wahrheitsgemäß unterrichtet ist.“ In der u. a. von Prinz Max von Baden, Staatsrat a. D. Haas und Graf Max Montgelas unterzeichneten Erklärung wird schließlich gegen die weißen Gewalttäter an die gesamte Kulturwelt appelliert, an alle gerecht und ritterlich denkenden Frauen und Männer, auf daß sie alle Macht aufbieten, damit der Besetzung europäischen Landes durch farbige Truppen und den damit verbundenen unvermeidlichen Folgen endlich ein Ende gemacht werde.

— Die ober-schlesische Presse unter der Kontrolle der Alliierten. Die Interalliierte Kommission hat folgende Anordnungen für die ober-schlesische Presse erlassen: Der verantwortliche Redakteur ist verpflichtet, in seiner Zeitung sämtliche Bekanntmachungen der Kommission zu veröffentlichen. Die Suspendierung einer Zeitung oder Zeitschrift, sowie das Verbot des Verkaufs, Aushängens und Austragens wird durch besondere Bestimmungen des Direktors des Departements des Innern angeordnet, ebenso kann die Einführung von Zeitungen oder Zeitschriften in das besetzte Gebiet verboten werden. Ferner wird angedeutet die Be-

schlagnahme der diejenigen Schriften enthaltenden Nummern, welche die gegen eine periodisch erscheinende Zeitung vorgeschriebenen Maßnahmen kritisiert hätten, sowie die Beschlagnahme jeder anderen Nummer derselben Zeitung, welche während der Suspendierung weiter erscheinen würde oder in Oberschlesien weiter eingeführt würde. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Gefängnis von 15 Tagen bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe von 500 bis 5000 Mark bestraft. Falls Nachrichten, welche die öffentliche Ruhe stören könnten, oder Artikel, die als eine Anregung zur Nichtbeachtung der Beschlüsse der Regierungskommission angesehen werden dürfen, oder Beschimpfungen, Beleidigungen oder Verleumdungen von Angehörigen der Regierungskommission der auf ober-schlesischem Gebiet vertretenen alliierten Mächte, von alliierten Beamten und Angestellten veröffentlicht werden, können über den verantwortlichen Redakteur bezw. den Verleger die vorher erwähnten Strafen verhängt werden, wenn keine höhere Strafe von dem Gesetz angedroht ist. Die gleichen Strafen treten ein, wenn jemand eine Bekanntmachung der Interalliierten Kommission überklebt, zerreißt oder zerstört.

Eine deutsche Note an die Friedenskonferenz.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris Mayer überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz am Freitag nachmittag eine Note der deutschen Regierung, in welcher von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gewährt wurde. Es wird in der Note erklärt, daß es Deutschland unmöglich ist, diese Zone bis zum 10. Juli zu räumen. — Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten der Alliierten, die am Donnerstag dem deutschen Geschäftsträger überreicht wurden.

Neu-Oberpräsident von Hannover?

Für den seit längerer Zeit verwaisten Posten des Oberpräsidenten der Provinz Hannover soll jetzt der frühere Reichswehrminister Noske ausersuchen sein.

Polizeipräsident Richter ist jetzt definitiv zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt worden.

Abgeordneter H. R. Sing, der bisher kommissarisch das Oberpräsidium von Sachsen verwaltete, ist jetzt definitiv zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bestimmt worden.

Ein Schreiben Hindenburgs.

Von dem Ersten Bürgermeister von Marienburg Patvelski war an den Ehrenbürger der Stadt, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eine Einladung zum Deutschtage eingegangen:

„Sehr verehrter Herr Erster Bürgermeister! Da ich nicht nach Marienburg kommen kann, so will ich wenigstens schriftlich meinem festen Glauben Ausdruck geben, daß die Bewohner der alten Ordensstadt an ihrem Deutschtum festhalten und eingebend des Grundfasses: „Die Treue ist das Mark der Ehre!“ am 11. Juli ihre Stimmen abgeben werden. In größter Hochachtung, Ihr ergebener

b. Hindenburg,

Generalfeldmarschall und Ehrenbürger Marienburgs.

Grenzmark Westpreußen-Posen.

In der Preussischen Landesversammlung ist von den Deutschnationalen folgender Antrag eingebracht worden:

„Die verfassungsgebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, die Einheit der Grenzmark Westpreußen-Posen, die nach dem veröffentlichten Entwurf des Landwirtschaftsstammengesetzes und nach neuerlichen Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten der Regierungsmehrheit entgegen den früher in der Landesversammlung ausgesprochenen Absichten der Staatsregierung scheinbar nicht mehr aufrechterhalten werden soll, entsprechend den dringenden Wünschen aller Bevölkerungskreise ein für allemal fortbestehen zu lassen und sie auf allen Gebieten der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Organisation durchzuführen.“

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

74]

(Nachdruck verboten.)

Eine leichte Dämmerung webte bereits unter den Eichen, wenn auch noch ein goldiger Schein auf ihren Wipfeln und über der grauen Rinne des Turmes gaudelte.

Elisabeth fühlte plötzlich, leicht zusammenschauernd, ihr Alleinsein mitten im Herzen des todsstillen, dunkelnden Waldes; trotzdem zog es sie noch einmal unwiderstehlich nach jener Stelle, wo Herr von Walde von ihr Abschied genommen hatte. Sie schritt über den zerstampften Rasenplatz, blieb aber einen Augenblick wie festgezurrt stehen; denn der Abendwind trug einzelne, abgebrochene Töne einer menschlichen Stimme zu ihr herüber. Anfänglich klang es wie ein ferner, vereinzelter Hilferuf, aber allmählich reichten sich die Töne aneinander, sie kamen rasch näher. Es war eine schneidende scharfe, gellende, weibliche Stimme, die ein geistliches Lied mehr schrie als sang. Elisabeth hörte deutlich, daß das Wesen während des Singens schnell vorwärts lief.

Plötzlich zerriß die Melodie und an ihre Stelle trat ein entsetzliches Gelächter, oder vielmehr ein Geschrei, das eine Stala von Lohn, Triumph und bitteren Qualen bildete.

Eine schlimme Ahnung stieg in Elisabeth auf. Ihr Blick tauchte erschreckt in das Baumdunkel nach der Richtung hin, wo der Baum sich näherte. Er verstummte in diesem Augenblicke jedoch wieder, und die Stimme begann das Lied von neuem ... jetzt aber kam sie wie im Sturmschritt heran.

Elisabeth trat in die offene Tür des Turmes, denn sie mochte der wandernden Sängerin, die offenbar ein unheimliches Wesen sein mußte, nicht in den Weg kommen; allein kaum hatte sie die Schwelle überschritten, als das Gelächter abermals und zwar sehr nahe erscholl.

Jenseits des Rasenplatzes stürzte Berta aus dem

Waldlicht hervor, ihr zur Seite lief Wolf, der grimme Hopsund des Oberförsters.

„Wolf, sag an!“ kreischte sie, beide Hände nach Elisabeth ausstreckend. Das Tier sagte heulend über den Platz.

Elisabeth warf die Tür ins Schloß und lief die Treppe hinauf. Sie gewann einen Borprung, aber noch ehe sie die Rinne des Turmes erreicht hatte, wurde drinnen die Tür aufgestoßen. Der leuchtende Hund stürzte herauf, ihm nach die Wahnsinnige, indem sie unausgesetzt ihren heulenden Jura wiederholte.

Atemlos erreichte die Verfolgte die letzte Stufe, sie hörte das Schnauben des ungeheuerlichen Tieres hinter sich — es war ihren Fersen nahe —, warf mit der letzten Kraftanstrengung die eichene Tür zu, die auf die Plattform führte, und stemmte sich dagegen.

Einen Augenblick darauf rüttelte Berta drinnen am Türschloße, es wich nicht. Sie tobte und warf sich wütend mit der ganzen Schwere ihres Körpers gegen die eichenen Wöhlen, während Wolf abwechselnd heulend und knurrend an der Schwelle kratzte.

„Bernsteinhege da draußen!“ schrie sie. „Ich drehe dir den Hals um ... Ich werde dich bei deinen gelben Haaren nehmen und dich durch den Wald schleifen! Du hast mir dein Herz gestohlen, du Mondscheingeficht, du Augenpiegel, Scheinheilige! Wolf, sag an, sag an!“

Der Hund winselte und schlug mit den Zähnen gegen die Tür.

„Zerreiße sie in Stücke, Wolf, schlage deine Zähne in ihre weißen Finger, die ihn begehrt haben mit der Wurst, die vom Teufel kommt! ... Wehe, wehe! Verdammte Feist du da draußen, verdammte Feist die Töne, die deine Finger hervorbringen; sie sollen zu giftigen Wundspitzen werden, die sich gegen dein eigenes Herz wenden und es zerfleischen!“

Übermals warf sie sich gegen die Tür, das alte Brettergeräusch zitterte und ächzte, aber es wich nicht unter den Stößen des kleinen ohnmächtigen Fuges.

Elisabeth lehnte währenddem mit festgeschlossenen Lippen und bleichem Gesichte da draußen. Sie hatte

ein Stück Holz, das zu ihren Füßen lag, ergriffen, um sich nötigenfalls gegen den Hund zu verteidigen. Wei den Flächen und Verwundungen, die Berta ausstieß, erbebte ihr ganzer Körper, doch sie richtete sich um so entschlossener und trotziger auf.

Hätte sie einen prägenden Blick auf das Türschloß geworfen, so würde sie gemerkt haben, daß das Anstehen ihrer zarten Gestalt ganz unnötig sei, denn ein mächtiger Riegel war vorgesprungen, gegen den die schwache Kraft der Wahnsinnigen nichts auszurichten vermochte.

„Wirst du wohl aufmachen!“ tobte sie wieder drinnen. „Du durchsichtiges, zerbrochenes Ding! ... Ja, ja, ha! Goldelse nennt sie der alte Brummbar, den ich hasse wie das Gift; Goldelse nennt er sie, weil sie bernsteingelbes Haar hat! Pfui, wie bist du häßlich, du Fälschin! ... Mein Haar ist schwarz, wie ein Rabenflügel. Ich bin schön, tausendmal schöner als du! Hörst du das, du Affengesicht, da draußen?“

Sie schwieg erschöpft, auch Wolf unterbrach sein Zerstückelwerk an der Schwelle.

In demselben Augenblicke zog fernes Glockengeläute durch die abendstillen Wipfel des Waldes. Elisabeth wußte, was es bedeutete. Aus den Ruinen der alten Burg Gnade bewegte sich eben ein Leichenzug den Berg herab. Vilas herrliche Leberreste verließen das Haus, gegen dessen Mauern einst das schöne Jägerkind verzweifelt die Stürze geschlagen hatte. Sie wurde durch den grünen Wald getragen, um deswillen vor zwei Jahrhunderten ihr Herz gebrochen war.

Auch Berta schien den Glockentönen zu lauschen. Sie regte sich nicht.

„Sie läuten!“ schrie sie plötzlich. „Komme, Wolf, wir wollen in die Kirche gehen ... Sie muß droben bleiben bei den Wollen, die werden des Nachts über sie herfärzen, der Sturm reißt an ihren Haaren, und die Raben werden kommen, und nach ihren Augen haben, denn sie ist verflucht, verflucht!“

(Fortsetzung folgt.)

Rundschau im Auslande.

Reuter teilt mit, daß auf Ersuchen der britischen Regierung der Völkerbundsrat am 9. Juli in London zusammentrete, um die Palästinafrage zu erörtern.

Die französische Kammer hat einen Antrag angenommen, wonach der zweite Sonntag im Mai als Nationalfeiertag zu Ehren der Jungfrau von Orléans bestimmt wird.

Danzig: Polnischer Anschlag auf Danzigs Freiheit.

Dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der verfassungsgebenden Versammlung ist der polnische Entwurf für einen Vertrag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen Republik und der freien Stadt Danzig regeln soll, übergeben worden. Aus ihm sei hervorgehoben: Nach Artikel 1 liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern der polnischen Regierung ob. Art. 3 lautet: Die Handelsschiffe der freien Stadt Danzig führen die Flagge der polnischen Handelsmarine. Art. 30 lautet: Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig alle notwendigen Maßnahmen in bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und seine Zugänge zum Meere wie auch das Gebiet der freien Stadt Danzig zu verteidigen. Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu beschlagnahmen und die militärische Aufsicht auszuüben. Nach Art. 3 ist das Geld der freien Stadt Danzig polnisches Geld. — Unerschämtere Forderungen hätte die polnische Regierung wohl kaum stellen können. Die Vollvertretung des freistaatlichen Danzigs wird den lächerlichen Polen die verdiente Antwort zu geben wissen.

Frankreich: Der Berliner Botschafter als Kohlen-Kommissar.

Der neuernannte französische Botschafter für Berlin, Charles Laurent, steht seine Hauptaufgabe in der Beschaffung von deutscher Kohle für die französische Industrie. Einem Vertreter des „Matin“ erklärte er über seine Berliner Mission u. a. folgendes: „Sicherlich kann ich eines schon jetzt sagen, daß meine ersten Bemühungen sich darauf richten werden, Kohlen zu erhalten, eine Aufgabe von größter Wichtigkeit für Frankreich. Deutschland hat sich verpflichtet, uns diese Kohlen zu liefern. Trotz des Mangels an Arbeitskräften kann es sie liefern und wir müssen es bekommen.“ — Frankreich kann sich über die deutschen Kohlenlieferungen nicht beklagen. Der Friedensvertrag verpflichtet Deutschland erst vom 10. Mai 1920 ab zu Kohlenlieferungen. Die deutsche Regierung hat jedoch bereits vom August 1919 ab monatlich 400—700 000 Tonnen Kohlen an Frankreich geliefert. Jetzt verlangt Frankreich 1 600 000 Tonnen monatlich. Wie der neue Botschafter diese Menge aus der deutschen Kohlenwirtschaft herauszuholen will, nach dem wir nach Beendigung der Saar-Kohlen und eines großen Teils der ober-schlesischen Kohlen kaum den eigenen Bedarf decken können, ist ein großes Rätsel, dessen Lösung auch dem Herrn Laurent nicht gelingen dürfte. — Charles Laurent wird Paris am nächsten Mittwoch verlassen und sich mit seinem Begleitungsstab nach Berlin begeben, wo er vorläufig bis zum Ende der Konferenz von Spa zu bleiben gedenkt.

Tschechoslowakei: Deutschböhmern vor dem Generalfreik.

Gegen die Stimmen der Deutschen hat das Prager Parlament ein Gesetz beschlossen, das die besterhobene Kriegsanleihe vor die Wahl stellt, ihr Geld zu verlieren oder unter drückendsten Bedingungen tschechoslowakische Anleihe zu nehmen. Das ganze Czechien ist zum Protest gegen das Gesetz in einen eintägigen Generalfreik getreten. Sollte dieser nicht die gewünschte Wirkung ausüben, soll in ganz Deutschböhmen der Generalfreik erklärt werden.

Soziales.

Sozialdemokratische Anträge gegen die Arbeitslosigkeit. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich mit der Arbeitslosenfrage und stimmte der Einbringung folgender Interpellation zu: „Was gedenkt die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun, wie gedenkt sie, insbesondere in der jetzigen Krise, die Stilllegung von Betrieben zu verhindern, und Arbeitsbeschäftigung zu beschaffen.“

Aus Stadt und Land.

Aufhebung einer Falschmünzerei. Im Keller des Hauses eines Kölner Kaufmanns hob die Kriminalpolizei eine Falschmünzerei auf. Da die Falschmünzer die gefälschten Banknoten in Schiebergut anlegten, wurden bei dieser Gelegenheit große Schiebungen und Bahndiebstähle aufgedeckt. So wurden unter anderem 5 Millionen englische Zigaretten und 4000 Meter Kupferdraht beschlagnahmt. Um alle Mitglieder der Falschmünzerbande kennen zu lernen, war die Kriminalpolizei als Käufer der Werkstätte aufgetreten und hatte diese für 40 000 Mark „angekauft“. Von den Falschmünzern konnten ein Kupferschmied, ein Zigarrenhändler, ein Buchdrucker und ein Chemiker verhaftet werden. Die Druckpresse und die Klischees wurden beschlagnahmt.

Podenerkrankungen in Duisburg. Im Vinzenz-Hospital in Duisburg sind zehn Patienten an den Poden erkrankt. In der Stadt ist ein Podenfall vorgekommen. Aus Obermehldorf werden drei Erkrankungsfälle gemeldet. Es handelt sich offenbar um Ausläufer der durch die Rote Armee mit ihrem polnisch-russischen Gefolge eingeschleppten Verseuchungen. Seit dem Beginn der Märzunruhen sind in Duisburg insgesamt dreißig Podenfälle gemeldet worden. In einer Reihe anderer Industriestädte, so in Oberhausen, Essen, Hamborn usw., sind ebenfalls eine Reihe von Erkrankungen vorgekommen.

Ein Bankbetrug von 780 000 Mark. Ein Kreditkassendirektor, der im Großen arbeitete, wird von der Kriminalpolizei gesucht. Ein aus München gebürtiger 30 Jahre alter Bankkassierer Richard Palm, der bei einer Bank in Kattowitz angestellt war, unterschlug dort 100 000 Mark und brannte damit Ende Januar d. J. durch. Während man überall auf ihn suchte, unternahm der flüchtige große Kreditkassendirektor, bei denen er nicht weniger als 780 000 Mark erbeutete. Der Gauner sandte einer Leipziger Bank einen Brief, in dem eine große Firma der Bank 600 000 Mark für einen Ingenieur Alfred Müller akkreditierte. Bald darauf erschien er persönlich auf der Bank, wies sich durch einen Militärpass auf den Namen Ingenieur Alfred Müller aus und erhielt die Summe ausgezahlt. Palm erhielt das Geld in fünfzig Eintausendmarktscheinen und in Schecks von 250 000 bis

300 000 Mark auf die Reichsbank. Hier erhob er die 550 000 Mark in grünen Tausendmarktscheinen. Nach diesem Streiche wandte sich der Schwindler nach Düsseldorf, wo er auf demselben Wege noch 180 000 Mark erbeutete. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 30 000 Mark ausgesetzt.

Der pommerische Landarbeitersprek hat auch auf den Kreis Bütow übergegriffen. Die Einigungs-Verhandlungen im Kreise Rummelsburg sind gescheitert, da die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeitnehmer als zu hoch ablehnten. Für den Kreis Schlawe ist ein Tarifvertrag zustande gekommen. Im Kreise Stolp war die Einigung der Technischen Rostisse nicht mehr notwendig, da dort ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Auch in Lauenburg ist der Streik beendet, im Kreise Bütow sind Verhandlungen eingeleitet, die wahrscheinlich günstig verlaufen werden. Auch im Kreise Rostock sind Verhandlungen an-gebahnt.

Gerichtssaal.

Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer. Nach einer Regierungsverordnung vom 15. Juni 1920, die mit dem 1. Juli in Kraft tritt, sind die Vergünstigungen, die Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung bisher genossen, auf den 1. Januar 1921 erloschen, gleichzeitig aber wichtige Neuerungen eingeführt worden. So ist der Sühnetermine eingekürzt worden, in dem zunächst versucht wird, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Kommt eine solche nicht zustande, oder ist der Gläubiger oder Schuldner zur Verhandlung nicht erschienen, so bestimmt das Vollstreckungsgericht unter billiger Berücksichtigung aller Umstände des Falles und der wirtschaftlichen Lage beider Parteien durch Beschluß, bis zu welchem Zeitpunkt der Schuldner die Leistung zu bewirken hat. Die Frist darf nicht über den 1. Juli 1921 hinaus erstreckt werden.

45 Personen unter Anklage des Landfriedensbruchs. In Raumburg findet gegenwärtig ein Schwurgerichtsprozeß gegen 45 Personen wegen Landfriedensbruchs statt. Wie die Anklage behauptet, war hierbei der Leutnant Schröder vom 97. Infanterie-Regiment zu Tode gemartet worden. Während der Verhandlung gegen einen Hauptangeklagten wurden derartige Mißstände zur Sprache gebracht, daß der Verteidiger seine Tätigkeit niederlegte und einen Antrag auf Untersuchung des Gefängniszustandes dieses Angeklagten stellte.

Vollwirtschaftliches.

Die Verkehrsfrage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war in der vergangenen Woche sowohl im Eisenbahntransport als auch im Wasserstraßenverkehr im allgemeinen günstig. Dem Umschlag und Versand kommt allerdings zugute, daß die Förderung im Vergleich zur Vorwoche nachgelassen hat. Die Wagenstellung betrug in der vorausgegangenen Woche werktäglich etwa 20 730 Wagen. Die Lagerbestände gingen gleichfalls zurück. Sie betrugen am 19. Juni insgesamt 282 816 Tonnen. Der Kohlen- und Koks-Umschlag in den Duisburg-Ruhrort-Rasen stellte sich werktäglich auf 27 775 Tonnen. Der Abtransport auf dem Rhein verlief ebenfalls ohne Störung, da Kahnraum zurzeit ausreichend zur Verfügung steht, daselbst gilt für den Umschlag auf den Kanälen, der sich in der Vorwoche auf fast 28 000 Tonnen täglich belief.

Berlin, 26. Juni. (Börse.) Das Börsenbild zeigte auch bei Wochenschluß keine bemerkenswerten Veränderungen. Auf dem Valutenmarkt erfuhren die ausländischen Devisen einige Besserung bei entsprechend niedrigerem Angebot von Marknoten. Ein Zwanzigmarkstück in Gold erzielte 170 Mark. Die Mark hielt sich auf ungefähr 12 Pfg. des Friedensstandes.

Lotales.

Veranlagung zur Einkommensteuer. Der Reichsrat hat am 12. Juni 1920 den Ausführungsbestimmungen zum neuen Einkommensteuergesetz seine Zustimmung erteilt. Die Ausführungsbestimmungen werden demnächst im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht und erscheinen außerdem in einer amtlichen Ausgabe, die das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen nebst Sach- und Inhaltsverzeichnis enthält. (Vertrieb durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.) Den Steuerpflichtigen und ihren Verbänden und Interessengruppierungen erwidert die dringende Pflicht, sich mit den für sie in Betracht kommenden Teilen der sehr umfangreichen Ausführungsbestimmungen so schnell als möglich vertraut zu machen. Denn am 1. Juli 1920 beginnt die erste Veranlagung der Einkommensteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1920. Die Steuererklärung ist im Laufe des Monats Juli abzugeben. Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die bei der Abgabe der ersten Steuererklärung entstehen, hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß die Frist zur Abgabe der Steuererklärung allgemein bis zum 15. August 1920 verlängert wird.

Zum Abbau der Löhne.

Viele Menschen haben das Bedürfnis, irgendeine bestehende Not aus einem einzigen Grunde herzuheben und zur Verringerung dieser Not ein einziges wirksames Radikalmittel zu empfehlen. So heißt es jetzt vielfach, unsere traurige Wirtschaftslage könne nur durch einen Abbau der Löhne gebessert werden.

Der Gedankengang ist durchaus einseitig: Braucht nicht mehr so viel für Löhne aufgewandt zu werden, so können die Produkte billiger angeboten werden; billige Preise gestalten dann wieder eine Herabsetzung der Löhne u. s. f. — Alle die aber, welche Löhne und Gehälter empfangen, wollen, daß am anderen Ende begonnen werde. Wenn man nämlich die Preise ermäßigt, so braucht man weniger Löhne, die Ersparnis an den Löhnen gestatte aber wieder eine Herabsetzung der Preise usw. Es handelt sich also darum, ob mit dem Abbau der Löhne oder mit dem Abbau der Preise begonnen werden soll.

In der schweren deutschen Regierungskrise wurde von einem hervorragenden Kenner der deutschen Wirtschaft die Forderung aufgestellt, die Produktion müßte verbilligt werden. Zur Produktion gehören alle dazwischen liegenden Wirtschaftszweige, welche unmittelbar

aus dem Boden oder mit Kräfte des Bodens Güter erzeugen, also in erster Linie der Landbau und der Bergbau. Der Glaube, man könnte durch Gesetze und Verordnungen billige Preise der Produktion herbeiführen, ist durch die Erfahrungen der Kriegszeit erschüttert worden. Wohl gelang es, die Preise für lebensnotwendige Nahrungsmittel monatelang unter den Herstellungskosten zu halten, aber im Zusammenhang damit entwickelte sich die Stützpfanne des Schleichhandels und Buchers. Die künstlich verbilligten Nahrungsmittel flossen immer spärlicher und der ungesegnete Handel nahm einen Umfang an, gegen den das Reich und seine Organe gar nicht ankämpfen konnten. Gegenüber dem Massenangebot von Mehl, Kartoffeln, Fleisch, Fetten usw., die nicht nur auf Hintertreppen, sondern sogar in offenen Läden angeboten wurden, brach die Behörde schließlich alle beide Augen zu. — Auch in der bergmännischen Erzeugung, in erster Linie in der Kohlenproduktion, versuchte das Reich den Gedanken der „Verbilligung der Produktion“ durchzuführen. Hier besteht nun ein sehr ernstlicher Hindernisgrund. Der Versailler Vertrag verpflichtet Deutschland, die an das westeuropäische Ausland zu liefernden Kohlen zum deutschen Inlandspreise zu berechnen. Der deutsche Inlandspreis liegt weit unter dem Auslandspreis. Mit jeder Tonne an Frankreich gelieferter Kohlen machen wir also ein stattliches Geschenk. Um unserer eigenen Wirtschaft billigen Brennstoff zu sichern, haben wir Milliarden an das Ausland gegeben.

Solange der Wert der heutigen Papiermark nur wenig mehr als den zehnten Teil der früheren Goldmark beträgt, brächte eine Herabsetzung der Kohlenpreise mehr volkswirtschaftlichen Nachteil als Vorteil. Damit ist aber durchaus nicht gesagt, daß der gesamte Nutzen an den hohen Kohlenpreisen den unmittelbar Beteiligten zugute kommen soll. Es muß ein Maßstab gefunden werden, wie die volkswirtschaftliche Konjunktur Gewinne des Kohlenbergbaues zum erheblichen Teil dem Werke zugeführt werden. Ein Abbau der Preise für Rohstoffe, also eine Verbilligung der Produktion, ist nur auf dem Umweg über eine Produktionssteigerung möglich. Erstpart die deutsche Volkswirtschaft die vielen für ausländische Lebensmittel fortlaufend aufgewandten Milliarden, hat sie vielmehr Kohlenüberschüsse an das Ausland abzugeben, so wird sich der Wert des deutschen Geldes heben und damit ein Abbau der Preise und ein Abbau der Löhne und Gehälter durchzuführen lassen.

Die Reise in die Abstammungsgebiete.

Für die Beförderung der Abstammungsberechtigten hat der „Deutsche Schutzbund“ Fahrtscheine verteilt, die nur für einen bestimmten Tag gelten. Da aber bei den Vorbereitungen zur Abstimmung der Termin noch nicht feststand, so sind die Fahrtscheine nicht mit einem Datum, sondern mit einem Buchstaben gekennzeichnet. Nachdem nun die Reisetage festgesetzt sind, wird seitens der Eisenbahnverwaltung bekanntgegeben, daß die mit „A“ gekennzeichneten Fahrtscheine am 29. Juni, mit „B“ am 30. Juni, mit „C“ gekennzeichnete Fahrtscheine am 1. Juli gelten; weiterhin berechnen die Fahrtscheine mit dem Buchstaben „D“ am 2., mit „L“ am 3. Juli usw., so daß am Abstimmungstage selbst Fahrtscheine mit dem Buchstaben „N“ gelten.

Für die Rückreise gelten dann ab 12. Juli Fahrtscheine mit dem Buchstaben „O“, am 13. mit „P“, am 14. mit „Q“ usw., so daß mit dem Buchstaben „Z“, der am 23. Juli gilt, der Rückreiseverkehr von Ostpreußen beendet sein wird. Die Abstammungsberechtigten sind jetzt nicht auf den Wasserweg angewiesen, sondern können nach den letzten Abmachungen mit den Polen auf dem wesentlich kürzeren Landwege in ihre Heimat gelangen. Sonderzüge auf den Hauptstrecken sind vorzusehen.



Der älteste Mann der Welt
der 21. Jahre alt war
John Doe, 100 Jahre alt

Die Mückenplage. Nicht nur in Wäldern, sondern auch in Gärten, Höfen usw. hat man jetzt unter der Mückenplage zu leiden, und man gäbe wohl gern etwas dafür, wenn man von den blutdürstigen Tieren, die einen so hartnäckig bedrängen, befreit werden könnte. Das einzige radikale Mittel gegen die Mückenplage ist die Befestigung der Rührstätten. Ueberall, wo Pfützen, Tümpel, Wasserläufe usw. sich befinden, kann man die Larven der Mücken beobachten; sie schwimmen oben auf und vegetieren dort ausgebreitet. Man gieße einige Eßlöffel Petroleum in das Wasserfass; es bildet sich dadurch sofort eine ganz dünne ölige Schicht, die aber vollständig genügt, die Luft abzuschließen und somit die im Wasser befindlichen Keime und Larven zu ersticken. Obendrein mangelt den Mücken die geeignete Brutstätte, so daß sie bald weiterziehen. Wenn jeder, der ein Wasserfass im Garten hat, auf diese Weise gegen die Mückenplage vorgehen wollte, so würde sie auch bald verschwinden. Der Petroleumzusatz schadet dem Gießwasser in keiner Weise; er muß aber stets nach dem Ausschöpfen von Wasser erneuert werden.

Einkommensteuermarken. Am 21. Juni haben die Postanstalten mit dem Verkauf der neuen Einkommensteuermarken begonnen. Die Marken werden in den Werten von 10, und 50 Pfg., sowie von 1, 2, 5, 10 und 25 M. ausgegeben. Da der Vorrat an Einkommensteuermarken bei den Postanstalten vorläufig noch gering ist, kann jeder Arbeitgeber zunächst nur etwa ein Viertel des Vierteljahresbedarfs beziehen. Voraussichtlich am 20. Juli werden die Postanstalten die Marken abgeben können.

× Zum Gewaltpreis kurz in Wiesbaden am letzten Samstag schreibt man uns aus Lesezettel wie folgt: In aller Ruhe und ohne große Aufregung ist am Samstag früh auf dem Markte in Wiesbaden durch das zielbewusste Vorgehen der organisierten Verbraucher, eine Preislenkung eingeleitet, die, wenn sie anhängt, einen Lichtblick in unsere zerfahrenen Ernährungsverhältnisse bringt. Eier waren zu kaufen 80 Pfg., Rufe für 80 Pfg., das Stück, Rirschen von 80 Pfg. bis 1.30 Mk. das Pfd. usw. Vor allem bringt dieser Vorgang die Hoffnung auf, daß das Spätobst, wie Pflaumen, Birnen u. Äpfel einen erschwierlichen Preis erhält und nicht wie in den Vorjahren zu Preisen abgesetzt wird, die ein gewöhnlicher Verbraucher sich nicht leisten konnte. Da wir gerade an den Äpfeln sind, so sei auch ein Wort über die Preise beim Apfelwein, wie sie hier zu Ort gang und gäbe sind, gestattet. Einst in schöneren Tagen kostete der Schoppen Hohenstheimer 12 Pfg., heute kostet das Glas von 0,3 Liter 2 Mk. und 0,4 Liter 2,50 Mk. (teilweise) angerechnet hier in Bierstadt. Und dabei huldigen noch manche Apfelweinwirte der Ansicht, mit Wasser vermischt, sei der Apfelwein gesünder. Aber bei mir? (Zeitungswasser). Das ist rücksichtslos. Preisstreberei. Einen Ausschlag gegen früher wollen wir uns gefallen lassen. Aber die Kirche muß im Dorfe bleiben und die Preisstreberei sollte nicht deshalb in Bewegung gesetzt werden, weil alles aufschlägt. Das ist kein nachhaltiger Grund für die Verteuerung eines Naturprodukts, das im vorigen Jahre zwar schon teurer eingekauft werden mußte, aber nicht so teuer, daß ein Preis, wie oben angegeben, berechtigt wäre. Der Apfelwein macht einen verhältnismäßig einfachen Werdegang durch. Es waren keine allzu hohen Kosten an Arbeitslöhnen im Herbst zu zahlen, auch die Steuerbelastung ist nicht derart, daß ein Sprung nach oben vorgenommen werden mußte. Der Konsument — dem man heute leider alles bieten darf — sollte nicht vergessen, daß sich seit der letzten Kelterperiode außer der allgemeinen Teuerung nichts ereignet hat, was eine solche Preissteigerung auf 2 Mk. und 2,50 Mk. rechtfertigt. Dagegen muß Stellung genommen werden. Im Reife höchst und Unterraum tritt man vorzüglichem Apfelwein den Schoppen für 1,50 Mk. Die Wirte haben doch dort auch ihre Unkosten und Steuern einkalkuliert und wollen doch noch ein Geschäft machen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Bierstadter Wirte in den ersten Tagen ihre Preisliste einer Revision unterziehen werden — jetzt ist die beste Gelegenheit — und einen Preis festsetzen, der ihnen nicht den Vorwurf eines Wucherers einbringt, andernfalls die Konsumenten ihre Folgerung ziehen müssen. R.

× Die Allgemeine Sterbekasse Bierstadt hielt am Samstag Abend im Gasthause zum Anker ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Herr Lehrer Kunz, als II. Vorsitzender, eröffnete die Versammlung und gedachte in warmen Worten des langjährigen Vorsitzenden, Herrn Schuhmachermeisters Philipp Wittenbach, der mit so großer Hingabe und Umlicht der Kasse vorgestanden hatte. Auf Antrag wurde das Gedächtnis des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen geehrt. Zunächst wurde auf Vorschlag Herr Karl Müller I zum Vorsitzenden gewählt, und anstelle der durch Tod abgangenen Vorstandsmitglieder wurden die Herren Lehrer Kunz, August Mayer und Ludwig Fudus in den Vorstand gewählt. Den Jahres- und Rechenschaftsbericht gab Herr Bürgermeister Hofmann. Im letzten Berichtsjahr sind 6 Mitglieder gestorben, wodurch die Mitgliederzahl von 174 auf 168 zurückging. Der Kassenbestand am 1. Jan. 1919 betrug 916,45 Mk. rückständige Beiträge 12,50 Mk. Mitgliederbeiträge 994,50 Mk. und Zinsen 349,45 Mk. Die Gesamteinnahmen also 2272,90 Mk. Die Ausgaben belaufen sich: Verwaltungskosten 95 Mk. Sterbegelder 900 Mk. Sparfassenbeiträge 1056,95 Mk. im Summa 2051,95 Mk. Barer Kassenbestand am 31. Dez. 1919 = 220,95 Mk. Das Vereinsvermögen setzt sich zusammen aus Barvermögen 4372,11 Mk. und Wertpapiere 5300 Mk. (Neuwert). Die 3 letzten Rechnungsprüfer wurden wiedergewählt. Bei Mitgliedern, welche schon lange Zeit ihren Zahlungen nicht mehr nachkamen, wurden einstimmig ausgeschlossen. Der Punkt 6 „Besprechung und Beschluß über das Fortbestehen oder die Auflösung der Kasse“ wurde durch Herrn Kunz in klarer Weise eingehend erörtert. Die Versammlung ist für diesen Antrag des Vorstandes heute nicht beschlußfähig, weil eine 2-drittel Anwesenheit aller Mitglieder notwendig ist. Herr Kunz wies klar nach, daß es für die Kasse keinen anderen Ausweg gibt als die Auflösung. Seit den letzten 15 Jahren sind nämlich nur 10 neue Mitglieder eingetreten. Nun sind aber unter den noch vorhandenen 168 Mitgliedern circa 35 über 70 Jahre alt. Jugendlicher Nachwuchs ist überhaupt nicht vorhanden. Seit Januar 1920 also im gegenwärtigen Vereinsjahr sind bereits 13 Mitglieder verstorben, und es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß pro 1920 mit mindestens 3000 Mk. Sterbegeld zu rechnen sein dürfte. Da würde also etwa Erhöhung der Mitgliederbeiträge nichts helfen um die Katastrophe aufzuhalten. Eine Schuld trifft niemanden und die Kasse ist stets sparfam und ordnungsgemäß geführt worden. Die Versammlung beschloß, die nächste Generalversammlung am 10. Juli abzuhalten. Dieselbe wird alsdann ganz unabhängig vom Mitgliederbesuche, beschlußfähig sein und über den Punkt 6 der heutigen Tagesordnung zu beschließen haben. Die heutige Versammlung ist sich jedoch schon darüber einig, daß an die Hinterbliebenen der pro 1920 Verstorbenen Mitglieder, soweit dies noch nicht geschehen ist, das Sterbegeld in voller Höhe gezahlt werden muß, bis der Auflösungsbeschluß Rechtskraft erlangt haben wird.

* Der Ziegenzucht-Verein hielt am Samstag Abend im „Rebenstock“ eine Versammlung ab, wozu der Verband der Nassauischen Landes-Genossenschaft E. V. Wiesbaden, in dankenswerter Weise Verbandsgeschäfts-

führer Weber zur Erstattung eines Berichts über Bildung von Einkaufsgenossenschaften für Kleintierzucht zur Verfügung gestellt hatte. Die Vorarbeiten zur Gründung der Genossenschaft wurden schon baldmöglichst erledigt. Weitere Auskunft erteilt auf Wunsch der Vorsitzende des Vereins Herr Rieth, Jagstaderstraße. Eine weitere Versammlung am Donnerstag dieser Woche wird sich weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

* Die Massenansammlungen in Wiesbaden und Mainz, um die Preise für Lebensmittel, Schuhe etc. gewaltsam herunterzudrücken, dauerten auch gestern an. Die Schuengeschäfte waren meistens geschlossen und namentlich (Kirchstraße am Mauritiusplatz) auch durch starkes Polizeiaufgebot abgesperrt. Hier kam es auch zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Zivil, doch ohne ernsthafte Folgen. Der Markt war so gut wie nicht besetzt. In Mainz waren gestern starke Vorsichtsmaßregeln getroffen. Außer dem gewöhnlichen Polizeiaufgebot, waren auch französische Gendarmerie-Patrouillen aufgezogen. Ebenso Panzerautos und Maschinengewehre bereitgestellt. Die Bauernschaften, die sich durch ausgestoßene Drohungen unsicher fühlten, haben sich zur bewaffneten Macht zusammengesetzt. Die Erbenheimer Bauernschaft hat sich zur freiwilligen Feuerwehr gemeldet.

* Der Gaspreis steigt ab 1. Juli auf 1,20 Mk. per Kubikmeter Elektrischer Lichtstrom auf 2,50 nebst 10 Pfg. Zuschlag, also 2,60 Mk. Kraftstrom auf 1,50 Mk. die Kilowattstunde. Auch sonst muß die Stadt Wiesbaden auf allen Gebieten Aufschläge erheben. Dieses kommt von dem unzulässigen Stand der Finanzen denn Wiesbaden hat wieder mit 52 Millionen Unterbilanz im letzten Wirtschaftsjahr gearbeitet, darum sollen die Grundsteuern von 2% auf 5 Prozent, Gewerbe- und Betriebssteuer je auf 300 Prozent der staatlich veranlagten Sätze erhöht werden. Ebenso findet eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren städtischen Schulen und der Krankenkassensätze statt. Es kostet hinfort die 1. Klasse 12 Mk., die 2. Klasse 10 Mk., die 3. Klasse 8 Mk. Unter diesen Auspizien dürfte eine Eingemeindung Bierstadts nicht zu den rosigsten Aussichten gehören.

* Die Milchfrage ist wieder recht brennend geworden. Wie wir hören, hat der Oberpräsident in Cassel den Satz 2. Mk. ab Stall für das Liter Milch nicht genehmigt. Die Kreisbauernschaft hat nunmehr ihre Mitglieder für Mittwoch Nachmittag 2 Uhr nach Bierstadt in den „Adler“ geladen um zu der neuen Sachlage Stellung zu nehmen. Da auch die benachbarten Kreise an dieser Versammlung teilnehmen werden, ist mit einer großen Besucherzahl zu rechnen. Auch die Presse hat Einlaß erhalten.

* Barbiernot. Wir haben in Bierstadt 4 Barbier- und Haarschneidegeschäfte aber leider nur dem Namen nach, denn in Wirklichkeit betreibt nur einer von diesen sein eigentliches Handwerk (und dieser öffnet sein Geschäft allem Anschein nach nur nach Bedarf). Wenigstens war am letzten Montag morgens 8½ Uhr das Geschäft noch geschlossen während die anderen 3 Herren sich anderer, wahrscheinlich lohnenderer Beschäftigung zuwenden haben. Soll es wirklich nicht möglich sein, daß sich in Bierstadt wenigstens zwei Barbier anständig ernähren können?

* Herr Winkler der bisherige Leiter der hiesigen Filiale des Consumvereins für Wiesbaden und Umgebung hat nunmehr diesen Posten abgetreten und übernimmt die Leitung in Jdsheim. Die hiesige Filiale der Sozialdemokratischen Partei, verliert mit Herrn Winkler eines ihrer tüchtigsten Mitglieder.

Wetterbericht.

1. — Nachts Regen, darauf bewölkt, wiederholt Regen, wenig Sonnenschein, Wind schwach.

Bekanntmachungen.

In den Gehöften

1. Heinrich Vink, Langgasse 30,
2. W. Mertel, Sandbachstr. 2,
3. Siegfried Schröder, Hintergasse 5,
4. Heinrich Melre, Neugasse 1,
5. H. Rod, Sandbachstr. 18,
6. Fritz Schreiber, Erbenheimerstr. 11,
7. Paul Wilt, Seutberger, Langgasse 24,
8. Aug. Kaiser jr. Neugasse 4,
9. Heinrich Hofmann, Feldstraße 1,
10. L. Geuß, Hofstraße 1,
11. R. Hardt, Erbenheimerstr. 9,
12. Wilhelm Mayer, Erbenheimerstr. 24,
13. P. Möbus, Honiggasse 6,
14. R. Schmidt, Hintergasse 21

ist die Maul- und Klauenseuche und bei Georg Brandtetter, Erbenheimerstr. 26 die Rotlaufseuche ausgebrochen. Maßnahmen und Gehöftsperrung sind angeordnet. Bierstadt, den 28. Juni 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Grosser Ausverkauf.

Wegen Geschäftsaufgabe kommen alle noch vorhandenen Schlaf-, Wohn-, Herren- u. Speisezimmer sowie Küchen-Einrichtungen u. Einzeilmöbel äußerst billig z. Verkauf

Weyershäuser & Rübsamen.

Möbelfabrik

Wiesbaden.

Luisenstr. 17.

Tierärztliche Praxis.

Habe mich in Wiesbaden als prakt. Tierarzt niedergelassen und empfehle mich als solcher.
Busch, Tierarzt, Wiesbaden,
Michelsberg 32. **Telephon 195.**
Sprechstunden 2—8 nachm., 6½—7 abends.



Ziegenzucht-Verein

Bierstadt:

Achtung!

Alle Mitglieder des Ziegenzucht-Vereins sowie des Geflügel-, Vogel- und Kaninchenzucht-Vereins und die es werden wollen, werden gebeten, zu der am Donnerstag den 1. Juli, abends 9 Uhr im Sälchen Gasthaus zum Rebenstock stattfindenden gemeinsamen Versammlung, zwecks Beitritt zur Einkaufsgenossenschaft ges. erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.

Bauernschaft Bierstadt.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 2 Uhr im Saalbau zum „Adler“ stattfindenden

Kreisbauernschaftsversammlung

dringend ein.

Tagesordnung. 1. Stand der Milchfrage. Bericht über die Versammlungen in Cassel, Limburg, Berlin und Darmstadt. 2. Mitwirkung bei der Entschädigung von Brotgetreide.

Zur Vorbereitung der Versammlung, insbesondere betr. Bereitstellung von Stallung und Unterbringung von Wagen ist Zusammenkunft der Ortsbauernschaft Dienstag, den 29. Juni, abend im Adler.

Der Ausschuss der Bauernschaft.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Warning!

Hiermit warne ich, meinen Kindern etw. als zu leisten, da ich für nichts mehr aufkomme.

Frau Schreiner,
Bierstadt.

Trauring

ges. d. M. 1900 verloren.
Wiederbringer gute Belohnung.
Bierstadt. Wilhelmstr. 5.

Gold. Brosche

mit Steinen Samstag von Post bis Erbenheim verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben bei
Fr. Wedel, Bäckeri,
Bierstadt, Rathausstraße 14.

Nur solange Vorrat
neue 17—20 Utr. haltende eich.
Weinfässer 25 Mk. pro Stück,
gebrauchte in allen Größen billig.
Waschballen und Korbfächer zum
Vorfürzen. — Speisedörrkannen.
5—8 Pfd. haltende Spahnkörbchen,
neu pro Stk. 1,75 Mk. verkauft
F. Sauer, Wiesbaden,
Göbenstraße 16. Fernruf 5971.

Alleinstehende, vornehme Dame
in mittleren Jahren sucht für 1.
Oktober

2—3 Zimmer

und Küche. Mische wird aus
dem Hause gegeben.
Offerten bis Ende Juli in der
Geschäftsstelle der Biers. Zeitung
abzugeben.

Für die Einmachzeit!

Steintöpfe

½ bis 70 Utr., je Utr. 1,30 Mk.

Geleegläser,
Einmachgläser,
irbene Kochgeschirre,
feuerfeste Kochgeschirre
mit Blechboden,
Emaille-Geschirre.

Julius Mollath,

Wiesbaden,
Schulberg 2, Ecke Michelsberg.

Karbid, Karbid-

lampen eign. Farilat

Kaffeeöfen, Gaslamp, Brenner
Zyl., Glühkörper, Gaslocher und
Schläuche, Vent. und Venthauben,
Badewannen, Wad-Ofen, Zapf-
hähne, Eisfahrgen, Gas- und
Wasserschläuche zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden,

Welltrichstraße 10.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30,— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Mauritiusplatz
Wiesbaden.

Günstigste Gelegenheit!!

Um meine Arbeiter weiter beschäftigen zu können, verkaufe ich meine

Schuhwaren

weit unter Fabrikpreis.

Spezialität: Damenhalbschuhe v. 100 Mk. an

Schuhwaren en gros und en detail.

Wiesbaden, Walramstr. 32, I.

(Fabrik Merzallben, Pfalz).